Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9712**

19. Wahlperiode 25.04.2019

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Martin Hebner, Martin Sichert und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/9085 –

Altersabsicherung von Schutzsuchenden – Teil 2

Vorbemerkung der Fragesteller

Der von der Deutschen Rentenversicherung herausgegebene Versichertenbericht 2018 beschäftigt sich auf den Seiten 23 bis 28 ausführlich mit dem Thema Altersabsicherung von Schutzsuchenden aus den Top-8-Asylherkunftsländern (Syrien, Irak, Afghanistan, Iran, Pakistan, Nigeria, Eritrea und Somalia; https://bit.ly/2sUsmR1). Den Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung zufolge lag das mittlere hochgerechnete Jahreseinkommen der Versicherten aus den genannten Herkunftsstaaten im Jahr 2016 bei rund 11 900 Euro (vgl. https://bit.ly/2sUsmR1, Seite 27). Im Jahr 2017 stieg das Jahreseinkommen für die Versicherten aus den Top-8-Asylherkunftsländern auf 12 510 Euro leicht an (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7223, Antwort zu Frage 1). Wie aus den Berechnungen der Bundesregierung hervorgeht, wurde im Jahr 2017 ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt von mindestens 24 289 Euro benötigt, um nach 45 Beitragsjahren (in denen dieses Entgelt ununterbrochen und gleichbleibend erzielt wird) eine Altersrente von 814 Euro zu erhalten und somit nicht auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7585, Antwort auf die Schriftliche Frage 122). Die dafür notwendigen 0,6551 Entgeltpunkte/Jahr wurden jedoch weder im Jahr 2016 noch im Jahr 2017 von Personen aus den Top-8-Asylherkunftsländern im Mittel erreicht. Werden die im Jahr 2017 erzielten mittleren versicherungspflichtigen Jahresentgelte über 45 Beitragsjahre hochgerechnet, werden folgende Rentenanwartschaften erreicht: Personen aus Syrien 333 Euro, Afghanistan 473 Euro, Irak 485 Euro, Pakistan 549 Euro, Eritrea 576 Euro, Somalia 621 Euro, Iran 629 Euro und Nigeria 713 Euro (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7585, Antwort auf die Schriftliche Frage 122). Demnach haben beispielsweise Personen aus Syrien im Mittel eine Rentenanwartschaft von 481 Euro unter dem Grundsicherungsniveau zu erwarten (siehe hierzu auch: Sozialfälle mit Ansage, in: Junge Freiheit, 15. Februar 2019, S. 5).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 23. April 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Personen, die im Versichertenbericht 2018 der Deutschen Rentenversicherung (DRV) als Staatsangehörige der sog. Asylherkunftsländer (wörtlich im DRV-Bericht, S. 23: „die Zahl der Versicherten mit Staatsbürgerschaft aus einem der acht zuzugsstärksten außereuropäischen Herkunftsländer von Schutzsuchenden“) zusammengefasst werden, entgegen der o. a. zitierten Überschrift nicht mit „Schutzsuchenden“ gleichzusetzen sind. Die entsprechenden Daten des DRV-Berichts sind – wie auch die ebenso aufbereiteten nachstehenden Daten – ausschließlich nach dem Kriterium der Staatsbürgerschaft differenziert und liefern weder Auskunft über den Aufenthaltsstatus bzw. die Gründe des Aufenthalts, noch hinsichtlich der Integration oder der Höhe zukünftiger Rentenanwartschaften.

Bei den in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Rentenanwartschaften handelt es sich nicht um die Höhe der zu erwartenden Altersrenten von Personen aus den genannten Herkunftsstaaten (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 122 auf Bundestagsdrucksache 19/7585). Es handelt sich vielmehr um Berechnungen von fiktiven Rentenanwartschaften auf Basis der Vorgabe der Fragestellung, die in Bezug auf die unterstellte Versicherungsbiographie keine empirische Grundlage aufweist. Daher lassen die Werte keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Höhe zukünftiger Rentenanwartschaften zu. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass aus der Höhe einer Rentenanwartschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich nicht auf Bedürftigkeit in der Grundsicherung im Alter geschlossen werden kann, da u. a. weitere Alterseinkommen und der Haushaltskontext nicht berücksichtigt sind.

Technische Anmerkungen:

In den nachstehenden Antworten erfolgt keine Aggregation der einzelnen Bundesländer nach neuen und alten Bundesländern, da die Daten aus verschiedenen statistischen Quellen stammen, die eine unterschiedliche Praxis in Bezug auf die Zuordnung Berlins zu neuen und alten Bundesländern aufweisen.

Als Grundlage für die Beantwortung der Fragen 3 bis 7 wird das Merkmal „Entgelt“ aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (Entgeltstatistik) herangezogen. Auswertungen liegen bis zum Jahr 2017 vor. Das im Rahmen der Beschäftigungsstatistik abgebildete sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt (kurz: Arbeitsentgelt) umfasst alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus der Hauptbeschäftigung bis zur sogenannten Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung. Auswertungen zu den Entgelten werden jeweils nur für Beschäftigte am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt. Die Angaben über das sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt beziehen sich immer auf einen spezifischen Beschäftigungszeitraum, der das gesamte Kalenderjahr, im Extremfall aber auch nur einen Tag umfassen kann. Um vergleichbare Angaben zu erhalten, werden die Entgeltangaben deshalb auf einen einheitlichen Zeitraum normiert. Ergebnisse zu den Bruttomonatsentgelten liegen klassiert in 50-Euro-Schritten vor.

Da in der Entgeltstatistik Bruttomonatsentgelte abgebildet werden und sich die Fragen 3 bis 7 auf das „notwendige“ versicherungspflichtige Jahresentgelt für eine Nettorente oberhalb des Bruttobedarfs (nach 45 Jahren) beziehen, werden hier die jeweiligen jährlichen Schwellenwerte durch zwölf geteilt. Dabei ergeben sich Werte, die nicht den Klassengrenzen in der Entgeltstatistik entsprechen. Aus diesem Grund wurden hier klassierte Daten bezogen auf die nächsthöhere Klas-

sengrenze ausgewertet, also bezogen auf die Klassengrenze oberhalb des Schwellenwertes. Als Schwellenwerte wurden für alle Abgrenzungen die versicherungspflichtigen Jahresentgelte zugrunde gelegt, mit welchen im jeweiligen Jahr 1/45 der Entgeltpunkte erreicht werden, die nötig wären, um eine Nettorente in Höhe des bundesdurchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres zu erhalten.

Die Auswertungen der Entgeltstatistik sind zwar im Allgemeinen aus Gründen der Vergleichbarkeit fast ausschließlich auf solche sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte eingeschränkt, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen und für die keine (gesetzlichen) Sonderregelungen gelten (Kurzbezeichnung: sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe). Im Kontext der hier präsentierten Fragestellungen erscheint es jedoch geboten, von dieser Vorgehensweise abzuweichen und Ergebnisse zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Entgeltangabe abzubilden. Abweichend von den Fragestellungen liegen Daten differenziert nach den Anforderungsniveaus erst ab dem Jahr 2012 vor.

Die Frage 9 wird mit Daten des Statistischen Bundesamtes beantwortet. Nach Vorgabe des Statistischen Bundesamtes dürfen keine Angaben über weniger als drei Empfängerinnen und Empfänger veröffentlicht werden.

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 der durchschnittliche Bruttobedarf von Empfängern der Grundsicherung im Alter, die außerhalb von Einrichtungen leben (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt sowie nach Ländern getrennt ausweisen)?

Die durchschnittlichen Bruttobedarfe von Empfängerinnen und Empfängern der Grundsicherung im Alter, die außerhalb von Einrichtungen leben, können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Durchschnittlicher Bruttobedarf von Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter[1] außerhalb von Einrichtungen, Ende des Jahres

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Euro								
Deutschland	688	707	727	747	769	790	804	814	796
Schleswig-Holstein	696	713	733	751	768	788	803	813	800
Hamburg	758	781	801	819	847	875	875	884	872
Niedersachsen	667	684	703	722	741	758	771	782	770
Bremen	709	722	744	764	779	792	803	817	800
Nordrhein-Westfalen	689	708	727	746	766	781	793	802	786
Hessen	705	726	747	767	783	806	821	830	812
Rheinland-Pfalz	646	663	684	705	723	749	765	773	755
Baden-Württemberg	682	705	726	750	771	788	807	818	799
Bayern	709	730	752	772	794	814	831	839	812
Saarland	678	693	715	731	745	775	788	796	776
Berlin	690	704	725	741	793	838	852	863	843
Brandenburg	652	671	689	709	729	742	756	769	750
Mecklenburg-Vorp.	642	660	678	696	718	729	744	755	745
Sachsen	623	644	663	683	702	717	729	736	716
Sachsen-Anhalt	619	636	660	681	704	718	727	741	723
Thüringen	618	642	662	683	702	719	729	739	724

[1)] Über der Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII
Quelle: Statistisches Bundesamt

2. Welches versicherungspflichtige Jahresentgelt war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils notwendig, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Nettorente oberhalb der in Frage 1 genannten durchschnittlichen Bruttobedarfe zu erhalten (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt sowie nach Ländern getrennt ausweisen)?

Der nachstehenden Tabelle können die versicherungspflichtigen Jahresentgelte für die erfragten Jahre entnommen werden, mit denen im jeweiligen Jahr 1/45 der Entgeltpunkte erreicht wird, die benötigt würden, um eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres zu erhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass aus dem hier betrachteten rechnerischen Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Jahresentgelt und durchschnittlichem Bruttobedarf in der Grundsicherung im Alter keine Rückschlüsse auf künftige Bedürftigkeit geschlossen werden können, da hierfür weitere Einkommen im Alter sowie der Haushaltskontext relevant sind.

Rentenversicherungspflichtiges Jahresentgelt für 1/45 der rechnerisch erforderlichen Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in Euro								
Deutschland	19.432	20.447	21.155	22.139	22.986	23.777	23.807	24.289	23.478
Schleswig-Holstein	19.658	19.658	19.658	19.658	19.658	19.658	19.658	19.658	19.658
Hamburg	21.409	22.588	23.308	24.273	25.317	26.335	25.909	26.377	25.719
Niedersachsen	18.839	19.782	20.456	21.398	22.149	22.814	22.830	23.334	22.711
Bremen	20.025	20.881	21.649	22.643	23.285	23.837	23.777	24.378	23.596
Nordrhein-Westfalen	19.460	20.476	21.155	22.109	22.896	23.506	23.481	23.931	23.183
Hessen	19.912	20.997	21.737	22.731	23.404	24.258	24.310	24.766	23.950
Rheinland-Pfalz	18.246	19.175	19.903	20.894	21.611	22.543	22.652	23.065	22.268
Baden-Württemberg	19.263	20.390	21.125	22.228	23.046	23.717	23.896	24.408	23.566
Bayern	20.025	21.113	21.882	22.880	23.733	24.499	24.606	25.035	23.950
Saarland	19.150	20.042	20.805	21.665	22.268	23.325	23.333	23.752	22.888
Berlin	19.488	20.361	21.096	21.961	23.703	25.222	25.228	25.751	24.864
Brandenburg	18.415	19.406	20.049	21.013	21.790	22.332	22.386	22.946	22.121
Mecklenburg-Vorp.	18.133	19.088	19.729	20.627	21.461	21.941	22.030	22.528	21.974
Sachsen	17.596	18.625	19.292	20.242	20.983	21.580	21.586	21.961	21.118
Sachsen-Anhalt	17.483	18.394	19.205	20.183	21.043	21.610	21.527	22.111	21.325
Thüringen	17.455	18.567	19.263	20.242	20.983	21.640	21.586	22.051	21.354

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

3. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt erzielt, dass nicht ausreicht, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gab es insgesamt 32 269 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, für die eine Angabe zum Entgelt vorlag. Das versicherungspflichtige Jahresentgelt für eine Nettorente oberhalb des durchschnittlichen Bruttobedarfs (nach 45 Jahren) betrug im Jahr 2017 insgesamt 24 289 Euro.

Monatlich entspricht dies 2 024 Euro. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Angaben zum Entgelt erzielten 11 321 000 Personen ein Bruttomonatsentgelt im Bereich bis zum Schwellenwert (2 050 Euro für Deutschland) für das Jahr 2017. Differenzierte Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit handelt und die Angaben lediglich den Stand zu einem Zeitpunkt widerspiegeln. Eine Aussage zum Einkommen über die gesamte Erwerbskarriere hinweg lässt sich auf Basis dieser Angaben nicht treffen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwerts[1] für 1/45 der rechnerisch erforderlichen Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anzahl							
Insgesamt	8.732.417	9.516.444	9.883.473	10.085.170	10.740.796	11.202.108	11.125.324	11.321.184
Schleswig-Holstein	282.549	309.035	319.995	326.244	347.362	364.970	366.210	374.101
Hamburg	210.709	227.606	237.766	244.301	261.432	274.619	273.847	279.572
Niedersachsen	808.537	893.251	927.821	947.034	1.012.718	1.061.741	1.063.385	1.083.630
Bremen	84.588	92.151	93.976	96.475	102.719	107.840	107.132	109.097
Nordrhein-Westfalen	1.680.323	1.836.838	1.896.246	1.938.284	2.078.112	2.192.229	2.203.572	2.269.462
Hessen	599.239	653.266	677.142	696.694	748.463	787.906	791.248	813.650
Rheinland-Pfalz	393.423	426.291	442.170	449.170	476.896	496.387	495.554	505.050
Baden-Württemberg	1.054.211	1.147.702	1.204.395	1.234.326	1.317.386	1.374.639	1.380.280	1.406.033
Bayern	1.314.995	1.439.996	1.493.035	1.527.418	1.634.543	1.709.223	1.718.169	1.758.671
Saarland	107.140	116.211	118.436	119.780	127.202	131.895	131.126	133.789
Berlin	392.282	426.675	449.610	465.763	494.563	522.028	523.127	532.355
Brandenburg	316.158	344.568	360.428	364.195	384.735	393.225	375.443	375.024
Mecklenburg-Vorp.	228.354	245.810	257.661	261.013	273.977	279.505	266.031	265.524
Sachsen	619.579	668.765	694.853	702.273	738.204	752.668	716.955	712.660
Sachsen-Anhalt	321.944	347.075	357.992	357.464	371.217	376.470	357.256	353.186
Thüringen	317.113	340.508	351.497	354.413	370.951	375.802	355.458	348.899
Männer	3.097.653	3.400.751	3.525.015	3.615.774	3.917.220	4.131.173	4.113.444	4.229.725
Frauen	5.634.764	6.115.693	6.358.458	6.469.396	6.823.576	7.070.935	7.011.880	7.091.459
Deutsche	7.983.842	8.638.489	8.912.503	9.016.841	9.474.656	9.725.154	9.493.793	9.493.156
Ausländer	741.069	869.671	961.973	1.059.820	1.257.409	1.467.755	1.621.984	1.817.683
EU-Auländer	267.476	351.522	432.083	510.900	665.285	814.761	899.569	979.113
Angehörige "Top-8-Asylherkunftsländer 2016"	35.108	38.220	39.087	41.863	48.063	61.199	93.260	157.425

[1]) bezogen auf Entgeltklassen, siehe technische Anmerkung in der Vorbemerkung der Bundesregierung
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

4. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Anforderungsniveau Helfer haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt erzielt, das nicht ausreicht, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gab es insgesamt 4 918 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf dem Anforderungsniveau Helfer, für die eine Angabe zum Entgelt vorlag. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem Anforderungsniveau Helfer, mit Angaben zum Entgelt, erzielten 3 113 000 Personen ein Bruttomonatsentgelt im Bereich bis zum Schwellenwert für das Jahr 2017. Differenzierte Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit handelt und die Angaben lediglich den Stand zu einem Zeitpunkt widerspiegeln. Eine Aussage zum Einkommen die gesamte Erwerbskarriere hinweg lässt sich auf Basis dieser Angaben nicht treffen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anforderungsniveau Helfer) mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwerts[1] für 1/45 der rechnerisch erforderlichen Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anzahl					
Insgesamt	2.340.527	2.448.136	2.689.340	2.905.072	2.981.463	3.112.513
Schleswig-Holstein	78.596	81.615	88.322	96.003	98.681	102.715
Hamburg	59.436	62.329	67.924	72.646	73.912	77.338
Niedersachsen	229.143	239.549	261.599	284.184	294.516	305.811
Bremen	26.081	26.978	29.474	32.033	32.227	33.404
Nordrhein-Westfalen	481.855	500.121	546.457	594.983	621.355	655.429
Hessen	171.484	181.404	201.167	218.891	227.908	239.969
Rheinland-Pfalz	109.183	113.624	124.407	133.550	137.523	143.012
Baden-Württemberg	292.055	307.286	337.342	364.622	376.993	392.745
Bayern	363.698	380.097	417.043	448.772	463.003	483.702
Saarland	30.397	31.540	34.658	37.706	38.509	40.582
Berlin	101.804	108.174	117.105	126.813	132.203	137.896
Brandenburg	75.031	78.088	89.356	95.175	93.495	97.555
Mecklenburg-Vorp.	45.488	48.528	54.463	58.489	58.576	61.011
Sachsen	128.020	133.764	150.397	159.324	154.366	158.983
Sachsen-Anhalt	73.303	75.489	81.466	86.933	86.145	88.809
Thüringen	74.886	79.476	88.102	94.643	91.953	93.410
Männer	828.711	873.773	1.000.668	1.106.822	1.146.431	1.221.283
Frauen	1.511.816	1.574.363	1.688.672	1.798.250	1.835.032	1.891.230
Deutsche	1.908.145	1.961.013	2.096.130	2.196.569	2.183.835	2.206.072
Ausländer	429.669	484.545	590.506	705.730	794.750	903.134
EU-Auländer	193.599	238.713	325.647	413.667	467.465	516.105
Angehörige "Top-8-Asylherkunftsländer 2016"	19.058	20.367	23.260	29.489	46.359	82.269

[1]) bezogen auf Entgeltklassen, siehe technische Anmerkung in der Vorbemerkung der Bundesregierung
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

5. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Anforderungsniveau Fachkraft haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt erzielt, das nicht ausreicht, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gab es insgesamt 18 85 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf dem Anforderungsniveau Fachkraft, für die eine Angabe zum Entgelt vorlag. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem Anforderungsniveau Fachkraft, mit Angaben zum Entgelt, erzielten 7 062 000 Personen ein Bruttomonatsentgelt im Bereich bis zum Schwellenwert für das Jahr 2017. Differenzierte Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit handelt und die Angaben lediglich den Stand zu einem Zeitpunkt widerspiegeln. Eine Aussage zum Einkommen die gesamte Erwerbskarriere hinweg lässt sich auf Basis dieser Angaben nicht treffen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anforderungsniveau Fachkraft) mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwerts[1] für 1/45 der rechnerisch erforderlichen Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anzahl					
Insgesamt	6.397.106	6.560.162	6.945.812	7.141.122	7.020.123	7.061.677
Schleswig-Holstein	209.977	215.087	228.667	236.785	234.699	237.505
Hamburg	147.498	152.260	160.830	166.875	164.702	165.498
Niedersachsen	609.685	622.641	660.297	681.789	673.035	679.844
Bremen	57.640	59.613	63.028	65.045	64.045	64.606
Nordrhein-Westfalen	1.205.953	1.244.267	1.326.965	1.380.462	1.364.682	1.388.278
Hessen	427.235	442.649	470.440	487.189	481.092	488.722
Rheinland-Pfalz	286.433	293.239	308.696	317.019	311.956	314.427
Baden-Württemberg	764.123	788.722	837.520	861.950	854.155	861.167
Bayern	976.367	1.005.298	1.064.640	1.098.178	1.090.120	1.104.240
Saarland	77.069	78.170	82.381	83.766	82.135	82.643
Berlin	277.444	287.987	303.881	316.804	313.406	315.894
Brandenburg	237.907	240.461	253.377	255.727	246.325	242.221
Mecklenburg-Vorp.	179.135	180.972	189.876	190.796	183.749	181.523
Sachsen	468.519	476.051	500.209	504.541	483.902	476.147
Sachsen-Anhalt	239.739	239.345	250.036	250.616	240.347	234.901
Thüringen	232.080	233.206	244.790	243.193	231.436	223.830
Männer	2.276.645	2.337.393	2.512.044	2.599.415	2.558.949	2.589.558
Frauen	4.120.461	4.222.769	4.433.768	4.541.707	4.461.174	4.472.119
Deutsche	5.934.054	6.043.896	6.343.182	6.452.786	6.271.805	6.233.084
Ausländer	457.623	510.979	597.244	682.619	742.379	822.337
EU-Auländer	206.648	242.773	306.229	363.260	393.026	421.919
Angehörige "Top-8-Asylherkunftsländer 2016"	17.050	19.117	22.125	27.791	41.227	67.737

[1]) bezogen auf Entgeltklassen, siehe technische Anmerkung in der Vorbemerkung der Bundesregierung
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

6. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Anforderungsniveau Spezialist haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt erzielt, das nicht ausreicht, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gab es insgesamt 4 130 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf dem Anforderungsniveau Spezialist, für die eine Angabe zum Entgelt vorlag. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem Anforderungsniveau Spezialist, mit Angaben zum Entgelt, erzielten 662 000 Personen ein Bruttomonatsentgelt im Bereich bis zum Schwellenwert für das Jahr 2017. Differenzierte Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit handelt und die Angaben lediglich den Stand zu einem Zeitpunkt widerspiegeln. Eine Aussage zum Einkommen über die gesamte Erwerbskarriere hinweg lässt sich auf Basis dieser Angaben nicht treffen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anforderungsniveau Spezialist) mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwerts[1] für 1/45 der rechnerisch erforderlichen Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anzahl					
Insgesamt	548.663	575.039	624.901	654.170	651.192	662.144
Schleswig-Holstein	16.558	17.437	18.793	19.808	20.034	20.540
Hamburg	15.579	16.612	18.242	19.591	19.363	20.062
Niedersachsen	46.197	47.878	52.686	55.051	54.860	56.225
Bremen	5.059	5.235	5.567	5.866	5.810	5.877
Nordrhein-Westfalen	96.110	101.429	111.638	119.193	119.380	122.958
Hessen	36.576	38.805	42.736	45.327	45.543	46.560
Rheinland-Pfalz	22.023	22.699	24.926	26.125	26.221	26.855
Baden-Württemberg	71.665	75.824	80.989	84.662	85.291	86.916
Bayern	76.464	81.220	89.413	94.822	95.868	99.029
Saarland	5.136	5.400	5.837	6.006	6.089	6.198
Berlin	33.274	35.918	39.512	42.543	42.876	43.277
Brandenburg	21.314	21.844	23.419	23.546	22.658	22.283
Mecklenburg-Vorp.	14.386	14.500	15.495	15.812	15.230	15.097
Sachsen	47.423	48.764	51.677	52.280	50.363	49.672
Sachsen-Anhalt	20.293	20.483	21.551	21.192	20.104	19.431
Thüringen	20.592	20.961	22.392	22.284	21.447	21.111
Männer	180.983	190.320	206.958	219.236	218.904	224.197
Frauen	367.680	384.719	417.943	434.934	432.288	437.947
Deutsche	523.055	546.029	591.250	614.398	608.407	615.253
Ausländer	25.262	28.672	33.295	39.338	42.324	46.431
EU-Auländer	12.567	14.584	17.564	20.665	21.517	22.967
Angehörige "Top-8-Asylherkunftsländer 2016"	667	755	915	1.604	2.399	3.347

[1]) bezogen auf Entgeltklassen, siehe technische Anmerkung in der Vorbemerkung der Bundesregierung
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

7. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Anforderungsniveau Experte haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 jeweils ein versicherungspflichtiges Jahresentgelt erzielt, das nicht ausreicht, um nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gab es insgesamt 4 176 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf dem Anforderungsniveau Experte, für die eine Angabe zum Entgelt vorlag. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem Anforderungsniveau Experte, mit Angaben zum Entgelt, erzielten 461 000 Personen ein Bruttomonatsentgelt im Bereich bis zum Schwellenwert für das Jahr 2017. Differenzierte Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unabhängig von der Arbeitszeit handelt und die Angaben lediglich den Stand zu einem Zeitpunkt widerspiegeln. Eine Aussage zum Einkommen über die gesamte Erwerbskarriere hinweg lässt sich auf Basis dieser Angaben nicht treffen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anforderungsniveau Experte) mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwerts[1], das für das Erreichen für 1/45 an nötigen Entgeltpunkten für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter des gleichen Jahres am Jahresende

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anzahl					
Insgesamt	376.724	383.710	418.027	440.327	445.841	460.520
Schleswig-Holstein	9.472	9.794	11.103	11.972	12.431	12.961
Hamburg	11.840	12.267	13.780	14.802	15.152	15.986
Niedersachsen	32.604	33.248	35.924	38.511	39.036	39.814
Bremen	3.709	3.813	4.078	4.410	4.578	4.782
Nordrhein-Westfalen	81.352	81.008	87.697	92.365	93.589	98.276
Hessen	29.686	30.066	32.352	34.716	35.293	36.938
Rheinland-Pfalz	17.072	17.171	18.075	18.933	19.207	20.169
Baden-Württemberg	52.385	53.633	57.841	60.128	61.010	62.549
Bayern	49.681	52.243	59.005	63.271	65.298	67.949
Saarland	3.770	3.796	4.140	4.194	4.172	4.160
Berlin	26.867	27.960	30.636	32.406	33.424	34.340
Brandenburg	10.225	10.312	11.192	11.444	11.327	11.764
Mecklenburg-Vorp.	7.090	7.142	7.571	7.613	7.055	6.887
Sachsen	23.686	23.966	26.133	26.894	26.188	25.843
Sachsen-Anhalt	8.726	8.641	9.142	9.058	8.873	8.685
Thüringen	8.530	8.625	9.312	9.418	9.179	9.377
Männer	141.897	144.721	159.637	168.423	172.698	179.620
Frauen	234.827	238.989	258.390	271.904	273.143	280.900
Deutsche	347.963	353.164	383.505	401.999	404.710	415.951
Ausländer	28.459	30.294	34.266	38.072	40.876	44.279
EU-Auländer	12.256	13.323	15.306	16.646	17.126	17.683
Angehörige "Top-8-Asylherkunftsländer 2016"	1.348	1.372	1.628	2.170	3.105	3.937

[1]) bezogen auf Entgeltklassen, siehe Vorbemerkung zu den Fragen 3 bis 7
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8. Wie viele Personen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 berechtigt, Leistungen der Grundsicherung im Alter zu erhalten (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Die amtliche Statistik zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) ist eine Leistungsstatistik. Es werden lediglich Daten in Bezug auf die Leistungsgewährung erhoben. Informationen zum Umfang der nach diesem Rechtskreis Leistungsberechtigten liefert sie hingegen nicht. Jedoch ist das Sozialgesetzbuch grundsätzlich darauf angelegt, dass alle Berechtigten die ihnen zustehenden Sozialleistungen möglichst unkompliziert in Anspruch nehmen können. So sind beispielsweise die Träger der Rentenversicherung gem. § 46 SGB XII verpflichtet, potenziell Leistungsberechtigte im Sinne des Vierten Kapitels des SGB XII über die mögliche Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen zu informieren. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

9. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2018 Leistungen der Grundsicherung im Alter erhalten (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern insgesamt, nach Ländern, nach soziodemographischen Merkmalen: Männer, Frauen, nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

Die Anzahl der Personen, die in den Jahren 2010 bis 2018 Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem Vierten Kapitel des SGB XII erhalten haben, kann den Tabellen in der Anlage entnommen werden. Daten zu den Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter nach einzelnen Staatsangehörigkeiten liegen erst ab dem Jahr 2015 vor. Bis zum Jahr 2014 erfolgte keine statistische Erfassung der einzelnen Staatsangehörigkeit. Daher wird die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter mit einer Staatsangehörigkeit der in der Fragestellung genannten „Top-8-Asylherkunftsländer“ des Jahres 2016 erst ab dem Jahr 2015 in der Tabelle ausgewiesen.

Anlage

Tabellen zu Frage 9

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1] am Ende des Jahres 2010

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Deutsch	Ausländer	EU-Ausländer
Deutschland	412.081	147.076	265.005	322.314	89.767	10.060
Schleswig-Holstein	15.531	5.436	10.095	13.381	2.150	338
Hamburg	18.588	7.798	10.790	13.636	4.952	620
Niedersachsen	41.998	14.828	27.170	34.554	7.444	572
Bremen	6.995	2.341	4.654	5.359	1.636	174
Nordrhein-Westfalen	112.245	37.329	74.916	86.464	25.781	3.148
Hessen	36.463	13.310	23.153	26.437	10.026	1.300
Rheinland-Pfalz	18.377	6.116	12.261	15.298	3.079	355
Baden-Württemberg	39.191	14.309	24.882	29.500	9.691	903
Bayern	52.415	19.659	32.756	39.862	12.553	1.553
Saarland	6.319	1.940	4.379	5.267	1.052	167
Berlin	31.647	12.978	18.669	24.787	6.860	778
Brandenburg	6.661	2.269	4.392	5.905	756	17
Mecklenburg-Vorp.	5.365	1.821	3.544	4.418	947	70
Sachsen	9.289	3.234	6.055	7.598	1.691	55
Sachsen-Anhalt	6.620	2.248	4.372	5.840	780	.
Thüringen	4.377	1.460	2.917	4.008	369	.

[1] Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1] Ende des Jahres 2011

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Deutsch	Ausländer	EU-Ausländer
Deutschland	436.210	158.437	277.773	341.172	95.038	11.076
Schleswig-Holstein	16.527	5.928	10.599	14.330	2.197	346
Hamburg	19.730	8.343	11.387	14.501	5.229	695
Niedersachsen	44.430	15.970	28.460	36.577	7.853	635
Bremen	7.503	2.593	4.910	5.786	1.717	199
Nordrhein-Westfalen	117.502	39.866	77.636	90.279	27.223	3.478
Hessen	39.002	14.444	24.558	28.446	10.556	1.375
Rheinland-Pfalz	19.433	6.591	12.842	16.175	3.258	418
Baden-Württemberg	41.540	15.438	26.102	31.140	10.400	920
Bayern	56.522	21.426	35.096	42.998	13.524	1.760
Saarland	6.791	2.156	4.635	5.656	1.135	196
Berlin	33.195	13.827	19.368	25.877	7.318	887
Brandenburg	6.879	2.388	4.491	6.081	798	15
Mecklenburg-Vorp.	5.605	1.954	3.651	4.601	1.004	65
Sachsen	9.656	3.413	6.243	8.005	1.651	75
Sachsen-Anhalt	7.197	2.501	4.696	6.409	788	4
Thüringen	4.698	1.599	3.099	4.311	387	8

[1] Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1)] Ende des Jahres 2012

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Deutsch	Ausländer	EU-Ausländer
Deutschland	464.836	171.029	293.807	363.666	101.170	11.985
Schleswig-Holstein	17.433	6.397	11.036	15.121	2.312	364
Hamburg	20.925	8.947	11.978	15.375	5.550	785
Niedersachsen	46.714	16.957	29.757	38.382	8.332	710
Bremen	7.809	2.739	5.070	6.015	1.794	217
Nordrhein-Westfalen	126.098	43.372	82.726	96.977	29.121	3.931
Hessen	40.943	15.469	25.474	29.434	11.509	1.339
Rheinland-Pfalz	20.397	7.019	13.378	16.957	3.440	447
Baden-Württemberg	44.095	16.537	27.558	33.126	10.969	887
Bayern	61.393	23.345	38.048	47.070	14.323	1.987
Saarland	7.242	2.342	4.900	6.011	1.231	219
Berlin	35.191	14.824	20.367	27.409	7.782	975
Brandenburg	7.179	2.583	4.596	6.363	816	14
Mecklenburg-Vorp.	5.933	2.125	3.808	4.966	967	9
Sachsen	10.413	3.752	6.661	8.631	1.782	86
Sachsen-Anhalt	8.028	2.854	5.174	7.209	819	6
Thüringen	5.043	1.767	3.276	4.620	423	9

1) Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1)] Ende des Jahres 2013

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Deutsch	Ausländer	EU-Ausländer
Deutschland	499.295	186.185	313.110	391.922	107.373	13.503
Schleswig-Holstein	18.889	7.006	11.883	16.493	2.396	378
Hamburg	22.310	9.551	12.759	16.464	5.846	916
Niedersachsen	49.751	18.370	31.381	40.915	8.836	777
Bremen	8.319	2.982	5.337	6.431	1.888	226
Nordrhein-Westfalen	136.596	47.898	88.698	105.503	31.093	4.494
Hessen	43.916	16.839	27.077	31.654	12.262	1.462
Rheinland-Pfalz	21.740	7.540	14.200	18.159	3.581	478
Baden-Württemberg	47.354	17.857	29.497	35.770	11.584	961
Bayern	65.976	25.220	40.756	50.811	15.165	2.310
Saarland	7.815	2.578	5.237	6.510	1.305	246
Berlin	37.620	16.045	21.575	29.256	8.364	1.103
Brandenburg	7.662	2.812	4.850	6.815	847	21
Mecklenburg-Vorp.	6.517	2.406	4.111	5.505	1.012	10
Sachsen	11.080	4.104	6.976	9.199	1.881	99
Sachsen-Anhalt	8.340	3.003	5.337	7.484	856	13
Thüringen	5.410	1.974	3.436	4.953	457	9

1) Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1] Ende des Jahres 2014

	Insges.	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	EU-Ausländer
Deutschland	515.289	201.312	313.977	401.038	114.251	16.302
Schleswig-Holstein	19.587	7.589	11.998	17.049	2.538	378
Hamburg	23.408	10.252	13.156	17.158	6.250	1.037
Niedersachsen	51.164	20.048	31.116	41.769	9.395	902
Bremen	8.640	3.253	5.387	6.647	1.993	286
Nordrhein-Westfalen	141.494	51.814	89.680	108.655	32.839	5.142
Hessen	45.570	18.165	27.405	32.492	13.078	1.811
Rheinland-Pfalz	22.183	8.161	14.022	18.330	3.853	532
Baden-Württemberg	49.792	19.429	30.363	37.375	12.417	1.834
Bayern	67.160	26.758	40.402	51.006	16.154	2.665
Saarland	8.196	2.919	5.277	6.790	1.406	273
Berlin	39.258	17.343	21.915	30.328	8.930	1.262
Brandenburg	7.715	3.102	4.613	6.859	856	24
Mecklenburg-Vorp.	6.564	2.619	3.945	5.499	1.065	13
Sachsen	11.201	4.532	6.669	9.164	2.037	124
Sachsen-Anhalt	7.980	3.188	4.792	7.056	924	10
Thüringen	5.377	2.140	3.237	4.861	516	9

[1] Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1)] Ende des Jahres 2015[2)]

	Insges.	Männer	Frauen	Deutsche	Aus-länder	EU-Aus-länder	Afgha-nistan	Iran	Syrien	Irak	Pakistan	Eritrea	Somalia	Nigeria
Deutschland	536.121	214.089	322.032	411.129	124.992	22.833	3.611	3.015	2.717	1.850	666	358	130	56
Schleswig-Holstein	20.030	7.970	12.060	17.319	2.711	338	83	83	80	65	21	-	.	-
Hamburg	24.447	10.790	13.657	17.744	6.703	1.093	1.143	510	45	18	35	3	-	13
Niedersachsen	52.895	21.157	31.738	42.363	10.532	1.374	206	232	467	204	22	6	5	.
Bremen	8.988	3.471	5.517	6.789	2.199	331	.	77	57	18	4	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	147.424	55.285	92.139	110.516	36.908	6.431	675	925	877	517	64	29	42	10
Hessen	47.515	19.262	28.253	33.298	14.217	2.815	803	494	246	85	373	247	50	.
Rheinland-Pfalz	22.695	8.655	14.040	18.579	4.116	703	61	62	132	86	18	3	7	.
Baden-Württemberg	52.628	20.860	31.768	39.271	13.357	3.233	159	193	227	236	75	44	5	8
Bayern	70.058	28.372	41.686	52.515	17.543	4.107	327	191	199	412	21	22	12	9
Saarland	8.528	3.153	5.375	6.955	1.573	366	.	12	67	18	3	-	-	.
Berlin	41.119	18.392	22.727	31.728	9.391	1.608	59	216	163	93	27	.	.	.
Brandenburg	7.952	3.368	4.584	7.026	926	82	17	5	25	.	.	-	-	-
Mecklenburg-Vorp.	6.621	2.776	3.845	5.499	1.122	54	15	.	27	11	-	-	-	-
Sachsen	11.783	5.016	6.767	9.573	2.210	184	24	9	66	57	.	-	-	.
Sachsen-Anhalt	8.084	3.304	4.780	7.177	907	64	.	.	20	26	-	.	.	-
Thüringen	5.354	2.258	3.096	4.777	577	50	.	-	.	.	-	-	-	-

1) Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

2) Umstellung von einer dezentralen Jahresstatistik auf eine zentrale Quartalsstatistik ab dem Berichtsjahr 2015.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter[1] Ende des Jahres 2016

	Insges.	Männer	Frauen	Deutsche	Aus-länder	EU-Aus-länder	Afgha-nistan	Iran	Syrien	Irak	Pakistan	Eritrea	Somalia	Nigeria
Deutschland	525.595	216.869	308.726	395.272	130.323	24.199	3.916	3.198	4.504	2.155	731	412	149	58
Schleswig-Holstein	19.534	7.993	11.541	16.694	2.840	358	97	84	136	73	22	.	.	-
Hamburg	24.549	11.025	13.524	17.584	6.965	1.140	1.223	536	88	20	44	.	-	12
Niedersachsen	51.606	21.434	30.172	40.693	10.913	1.435	222	265	707	255	18	6	5	.
Bremen	8.911	3.570	5.341	6.631	2.280	359	25	82	97	25	4	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	145.847	56.276	89.571	107.427	38.420	6.853	699	973	1.381	617	75	40	40	11
Hessen	47.196	19.636	27.560	32.437	14.759	2.942	867	521	374	104	402	286	63	.
Rheinland-Pfalz	22.117	8.675	13.442	17.840	4.277	748	68	67	236	86	23	.	6	.
Baden-Württemberg	51.127	20.982	30.145	37.328	13.799	3.341	167	206	421	278	79	48	7	7
Bayern	69.262	28.764	40.498	50.937	18.325	4.415	359	196	340	464	28	23	18	10
Saarland	8.309	3.203	5.106	6.634	1.675	371	4	12	133	21	4	-	-	.
Berlin	41.077	18.962	22.115	31.115	9.962	1.779	75	237	243	107	27	.	4	.
Brandenburg	7.371	3.406	3.965	6.374	997	90	24	6	59	.	.	-	-	-
Mecklenburg-Vorp.	5.935	2.706	3.229	4.824	1.111	47	27	.	46	9	-	-	-	-
Sachsen	10.711	4.851	5.860	8.373	2.338	201	30	9	121	58	.	.	-	.
Sachsen-Anhalt	7.218	3.237	3.981	6.199	1.019	76	7	.	69	29	-	.	3	-
Thüringen	4.825	2.149	2.676	4.182	643	44	22	-	53	.	.	-	-	-

[1] Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1] Ende des Jahres 2017

	Insges.	Männer	Frauen	Deutsche	Aus-länder	EU-Aus-länder	Afgha-nistan	Iran	Syrien	Irak	Pakistan	Eritrea	Somalia	Nigeria
Deutschland	544.090	227.665	316.425	407.007	137.083	25.824	4.808	3.446	5.973	2.698	789	469	200	66
Schleswig-Holstein	20.559	8.566	11.993	17.455	3.104	391	169	87	206	94	24	.	.	-
Hamburg	25.540	11.478	14.062	18.166	7.374	1.213	1.366	573	101	28	47	5	-	13
Niedersachsen	53.385	22.441	30.944	41.783	11.602	1.553	300	279	913	343	21	8	.	.
Bremen	9.080	3.705	5.375	6.746	2.334	368	38	88	132	27	3	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	150.768	59.242	91.526	110.621	40.147	7.368	795	1.045	1.882	818	87	50	37	14
Hessen	48.942	20.501	28.441	33.442	15.500	3.111	1.013	570	521	136	421	317	88	.
Rheinland-Pfalz	23.083	9.162	13.921	18.448	4.635	783	112	76	322	99	32	.	19	.
Baden-Württemberg	52.648	21.944	30.704	38.209	14.439	3.524	222	230	580	314	85	52	13	6
Bayern	71.431	29.850	41.581	52.355	19.076	4.606	466	211	405	547	31	29	22	15
Saarland	8.579	3.385	5.194	6.811	1.768	397	8	12	166	22	4	-	-	.
Berlin	42.558	19.941	22.617	32.044	10.514	1.977	116	250	319	128	28	.	3	.
Brandenburg	7.617	3.562	4.055	6.558	1.059	94	49	8	71	.	.	-	-	-
Mecklenburg-Vorp.	6.098	2.856	3.242	4.923	1.175	60	35	.	52	.	-	.	-	-
Sachsen	11.352	5.290	6.062	8.817	2.535	237	56	12	143	74	.	.	3	.
Sachsen-Anhalt	7.407	3.423	3.984	6.325	1.082	81	19	.	89	33	.	.	.	-
Thüringen	5.043	2.319	2.724	4.304	739	61	44	-	71	20	.	-	.	-

[1] Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter[1)] Ende des Jahres 2018

	Insges.	Männer	Frauen	Deutsche	Aus-länder	EU-Aus-länder	Afgha-nistan	Iran	Syrien	Irak	Pakistan	Eritrea	Somalia	Nigeria
Deutschland	559.419	236.236	323.183	416.734	142.685	27.485	5.277	3.619	6.913	3.003	884	505	223	65
Schleswig-Holstein	21.264	8.947	12.317	17.985	3.279	432	219	96	248	105	25	.	.	-
Hamburg	26.473	11.975	14.498	18.811	7.662	1.293	1.413	594	122	34	56	5	-	12
Niedersachsen	54.310	22.993	31.317	42.385	11.925	1.624	321	292	1.031	400	29	8	11	.
Bremen	9.344	3.881	5.463	6.906	2.438	396	39	94	156	27	3	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	155.054	61.607	93.447	113.309	41.745	7.869	876	1.093	2.210	948	107	57	45	14
Hessen	50.602	21.326	29.276	34.426	16.176	3.320	1.111	605	590	148	447	335	93	.
Rheinland-Pfalz	24.242	9.712	14.530	19.314	4.928	911	133	81	354	101	36	.	23	-
Baden-Württemberg	54.044	22.678	31.366	39.018	15.026	3.751	249	245	653	355	100	57	16	7
Bayern	72.648	30.402	42.246	52.888	19.760	4.760	528	220	447	578	38	33	25	15
Saarland	8.735	3.478	5.257	6.868	1.867	412	8	16	208	19	6	.	-	.
Berlin	43.815	20.699	23.116	32.922	10.893	2.131	135	259	376	132	32	.	.	.
Brandenburg	8.014	3.846	4.168	6.888	1.126	111	56	7	80	.	.	-	-	-
Mecklenburg-Vorp.	6.273	3.008	3.265	5.059	1.214	65	40	.	62	.	-	.	-	-
Sachsen	11.735	5.620	6.115	9.053	2.682	256	72	12	174	75	.	.	.	.
Sachsen-Anhalt	7.591	3.581	4.010	6.470	1.121	80	25	.	119	36	-	-	3	.
Thüringen	5.275	2.483	2.792	4.432	843	74	52	.	83	28	.	-	.	-

1) Über der Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.
Quelle: Statistisches Bundesamt



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333